

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ina Latendorf, Dr. Gesine Löttsch, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 20/7569 –**

### **Leistungen von Bienen und Imkerei honorieren – Einführung einer staatlichen Bestäubungsprämie**

#### **A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass der Wert der Leistungen eines Bienenvolkes für Umwelt und Gesellschaft weit über dem Ertrag von Honig und anderen Bienenprodukten liegt. Ihr zufolge kommt insbesondere die Bestäubungsleistung eines Bienenvolkes nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem gesamten Ökosystem und damit der Gesellschaft zugute, wird jedoch nicht auf dem Markt vergütet. Für die Antragsteller ist ein Eingriff des Staates nötig, um diesem – mit ihren Worten – Marktversagen mit öffentlichen Mitteln zu begegnen und die Leistung der Bienen und der Imkerei endlich umfänglich zu honorieren.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Konzept für eine einheitliche staatliche Bestäubungsprämie in Höhe von 60 Euro pro Jahr und Bienenvolk zu erarbeiten und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Konzept umzusetzen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/7569 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

**Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Hermann Färber**  
Vorsitzender

**Sylvia Lehmann**  
Berichterstatterin

**Artur Auernhammer**  
Berichterstatter

**Karl Bär**  
Berichterstatter

**Dr. Gero Clemens Hocker**  
Berichterstatter

**Stephan Protschka**  
Berichterstatter

**Ina Latendorf**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Sylvia Lehmann, Artur Auernhammer, Karl Bär, Dr. Gero Clemens Hocker, Stephan Protschka und Ina Latendorf**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 115. Sitzung am 6. Juli 2023 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 20/7569** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass der Wert der Leistungen eines Bienenvolkes für Umwelt und Gesellschaft weit über dem Ertrag von Honig und anderen Bienenprodukten liegt. Ihr zufolge kommt insbesondere die Bestäubungsleistung eines Bienenvolkes nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem gesamten Ökosystem und damit der Gesellschaft zugute, wird jedoch nicht auf dem Markt vergütet. Für die Antragsteller ist ein Eingriff des Staates nötig, um diesem – mit ihren Worten – Marktversagen mit öffentlichen Mitteln zu begegnen und die Leistung der Bienen und der Imkerei endlich umfänglich zu honorieren. Die Fraktion DIE LINKE. weist ergänzend in der Begründung ihres Antrags mit Verweis auf den Deutschen Imkerbund e. V. darauf hin, dass 98 Prozent der Imkerinnen und Imker in Deutschland Freizeitimkerei betreiben und insbesondere bei kleineren Völkerzahlen die Kosten über dem möglichen finanziellen Erlös aus dem Verkauf von Honig liegen.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Konzept für eine einheitliche staatliche Bestäubungsprämie in Höhe von 60 Euro pro Jahr und Bienenvolk zu erarbeiten und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Konzept umzusetzen.

### **III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses**

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 47. Sitzung am 20. September 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/7569 abzulehnen.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

#### **1. Abschließende Beratung**

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/7569 in seiner 42. Sitzung am 20. September 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, Bienen seien wichtige Tiere. Sie erzeugten nicht nur gut schmeckenden Honig, sondern sie bestäubten auch viele Pflanzen. Die Fraktion DIE LINKE. lege in ihrem Antrag dar, dass ein Imker für seinen Honig einen gewissen Wert erstattet bekomme, aber nichts für die Bestäubungsleistung seiner Bienen erhalte. Zwei Länder in der Europäischen Union (EU), Finnland und Ungarn, würden eine staatliche Bestäubungsprämie leisten. Es sei „typisch“ für die Fraktion DIE LINKE., dass sie bei ihrem finanziellen Ansatz für eine staatliche Bestäubungsprämie im Vergleich zu den beiden genannten Ländern das Dreifache draufgelegt hätte. Es stellten sich bei einer solchen staatlichen Bestäubungsprämie zahlreiche Fragen, u. a., was die Einführung einer solcher Prämie für den Steuerzahler kosten würde, was unter dem Strich bei ihr herauskäme, wie es mit der Effizienz bei ihr aussähe und ob sie zu Marktverzerrungen führen würde. Eine solche Bestäubungsprämie könnte den

Markt verzerren und zu unerwünschten Nebenwirkungen führen. Es könnte z. B. ein übermäßiger Anbau bestimmter Pflanzen stattfinden oder eine zu hohe Dichte von bestimmten Bienenvölkern in bestimmten Gebieten entstehen. Zudem wäre die Abwicklung einer staatlichen Bestäubungsprämie vermutlich zu bürokratisch. Fragen ergäben sich auch bei der Zielgruppengenauigkeit. Die staatliche Bestäubungsprämie könnte an Imker gehen, deren Bienen gar nicht die größten Beiträge zur Bestäubung leisteten. Fraglich sei zudem, wie das alles erfasst und reguliert werden sollte. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde abgelehnt, da der Imkereibereich über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gefördert werden könne. Das hätte u. a. dazu geführt, dass die Anzahl der Bienenvölker zugenommen hätte. Der Selbstversorgungsgrad bei Honig liege in Deutschland bei ca. 40 Prozent. Dieser könnte besser sein, aber es wäre illusorisch, zu glauben, dass er angesichts der Struktur des hiesigen Bienenzuchtssektors wesentlich erhöht werden könnte, da 99 Prozent der Imker Hobbyimker seien, d. h. nur ein kleiner Teil Profis.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, sie gebe der Fraktion DIE LINKE. Recht, was die Rolle der Bienen und Bestäuber für die Landwirtschaft anbelange. Die Arbeit der Imkerei sei ohne Zweifel wichtig. Festgestellt werden könne zudem, dass im Bereich der Hobbyimker ein gewisser Zulauf stattfinde. Junge Menschen begeisterten sich für dieses Hobby und stiegen vermehrt in die Hobbyimkerei ein. Hier sei daher eine gute Betreuung sowie Aus- und Fortbildung notwendig, weswegen die entsprechenden Verbände gestärkt werden sollten. Eine pauschale Bestäubungsprämie pro Bienenstock in Höhe von 60 Euro einzuführen, halte die Fraktion der CDU/CSU nicht für zielführend. Die Politik müsse die Rahmenbedingungen für die Imkerei insgesamt stärken. Dafür stünden verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Ein großes Thema sei auch der Absatz von Honig. Es existierten beim Honigabsatz zwar immer regionale Absatzwege, aber wenn sich in der Lebensmittelwirtschaft angeschaut werde, wieviel importierter Honig und wieviel Honigersatzprodukte eingesetzt werde, gäbe es ein großes Potential dafür, die Marktleistung für den deutschen Honig im eigenen Land zu steigern. Deshalb bitte die Fraktion der CDU/CSU darum, die Rahmenbedingungen für die Imkerei zu verbessern. Das sei auch Aufgabe der Bundesregierung. Das könne aber nicht mit einer pauschalen Bestäubungsprämie, die wieder Bürokratie verursachen und Finanzierungen nach sich ziehen würde, geschehen. Zudem stelle sich die Frage, welche Maßnahmen in der Landwirtschaft dann noch mit pauschalen Prämien unterstützt werden sollten. Bei aller Sympathie für dieses Thema lehne die Fraktion der CDU/CSU den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, bei aller großer Sympathie für die Bienen und die Imkerinnen und Imker sei die Idee der Fraktion DIE LINKE. auf den ersten Blick interessant, aber wenn sie sich näher angeschaut werde, werde zu dem Ergebnis gekommen, dass sie keine sehr gute sei. Die Fraktion DIE LINKE. wolle eine Förderung von 60 Euro pro Bienenvolk. Da es in Deutschland ungefähr eine Million Bienenvölker gebe, belaufe sich die Fördersumme auf 60 Millionen Euro, was viel Geld sei. Gleichzeitig sei die Bestäubungsleistung etwas, wo im Zweifelsfall die Landwirtschaft, gerade im Obstbau, etwas davon habe. Es gebe schon Situationen, auch in Deutschland, in denen Landwirtinnen und Landwirte die Wanderimkerei für ihre Leistungen bezahlten. Der Markt dafür sei vorhanden. Viele größere Problem bestünden ohnehin nicht mit den Honigbienen, die Nutztiere seien, um die sich die Imkerinnen und Imker kümmerten, sondern mit den Wildbienen. Klar sei, dass die Bestäubungsleistung höher sei, wenn ein Zusammenspiel von verschiedenen Arten stattfinde. Was die Politik tun müsste, sei, die Artenvielfalt an der Stelle zu fördern, wo es um Bestäuber gehe. In der Frage, was für die heimische Imkerei getan werden könne, sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Fraktion der CDU/CSU, d. h. in Bezug auf den Absatz deutschen Honigs müsste die Kennzeichnungspflicht verstärkt werden. Der Bundesregierung sei die Frage zu stellen, wie es mit der Ursprungskennzeichnung für Honig ausschaue.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, bei der Erörterung, wie die Leistungen der Bienen besser unterstützt werden könnten, stelle sich für sie die Frage, wo das alles anfangen und wo es aufhören würde. Dann würde sich auch die Frage stellen, ob dann morgen auch der Angler oder den Jäger unterstützt werden sollte, der etwas für den Naturschutz tue, d. h., es müsse sich dann auch gefragt werden, wo die Politik überall Geld hin verteilen wolle. Der von der Fraktion DIE LINKE. verfolgte Ansatz sei völlig falsch, weil z. B. Obstbauern ein Eigeninteresse daran hätten, dass genug Bienen vorhanden seien und genügend Biodiversität für sie existiere. Es gebe zudem ausreichend wirtschaftliche Eigeninteressen sowie viele Hobbyimker, die sich ehrenamtlich daran beteiligten, dass Honig produziert werde. Die Imker nach dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. finanziell zu stärken, sei der falsche Weg, da sich der Markt in diesem Bereich von allein entwickle. Wenn sich mit den Schwierigkeiten, die immer im Kontext der Situation der Imkerei bzw. der Bienen in Deutschland „hochgebauscht“ würden, näher beschäftigt werde, werde zu dem Ergebnis gekommen, dass diese am Ende nicht zuträfen. Mittlerweile gebe es selbst in den

Städten Menschen, die sich mit ihren Bienen „aufs Dach“ setzten. Die Fraktion der FDP sehe keinen Grund, dass mit Geldern aus dem Bundeshaushalt die Imkerei unterstützt werden müsse. Das sei im Moment völlig unnötig. Deswegen lehne die Fraktion der FDP den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab.

Die **Fraktion der AfD** betonte, Honig- sowie Wildbienen, Hummeln und viele andere Insekten seien von großer Bedeutung für den Obst-, Gemüse- und Ackerbau sowie für die Artenvielfalt und die Ökosysteme. Durch ihre Bestäubungsleistungen sorgten sie für wichtige Erträge in der Landwirtschaft und trügen dazu bei, dass auch Wildpflanzen Früchte tragen und sich vermehren. Die Fraktion der AfD teile die Ansicht, dass die Honigbiene wichtig für die Ökosysteme in manchen Regionen in Deutschland sei und eine Unterstützung der Imkereien wünschenswert wäre. Sie teile nicht die Art und Weise, wie die Bienenhaltung in Deutschland durch den Antrag der Fraktion DIE LINKE. honoriert werden solle. In ihrem Antrag fordere die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung dazu auf, ein Konzept für eine einheitliche staatliche Bestäubungsprämie in Höhe von 60 Euro pro Jahr und Bienenvolk zu erarbeiten und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um dieses umzusetzen. Das bedeute, die Fraktion DIE LINKE. habe weder ein eigenes Konzept noch einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, wisse aber in der Summe, wieviel Prämie jedem Imker am Ende des Tages zustehen müsse. Die Ausschüttung von Subventionen durch den Staat sei für die Fraktion der AfD nicht der richtige Ansatz, um den Imkereibetrieben in Deutschland zu helfen und ihre Marktstellung zu verbessern. Vielmehr sehe sie in der stetigen Vernetzung der Landwirte und Imkerverbände eine Chance für die Betriebe, sich z. B. durch das Angebot von Bestäubungsleistungen zu differenzieren und sich von anderen Marktteilnehmern abzuheben. Diese marktwirtschaftlich geschlossenen Verträge gebe es bereits. Sie seien abhängig von örtlichen Gegebenheiten und bildeten die gute Qualität erbrachter Bestäubungsleistungen individuell ab. Zur besseren Markterstellung sollte auch die Herkunftskennzeichnung von Honig vereinheitlicht und angepasst werden. Die Fraktion DIE LINKE. hingegen wolle einen weiteren landwirtschaftlichen Berufszweig in die Abhängigkeit von öffentlichen Geldern „zwingen“. Das mache die Fraktion der AfD nicht mit.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie habe ihren Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, weil auf europäischer Ebene in vielen Ländern eine entsprechende staatliche Bestäubungsprämie bereits existiere und in deren Zusammenhang gesehen werden müsse, dass die hiesigen Imker gerade vor einer sehr schwierigen Situation stünden. Es gebe für sie Verteuerungen bei Investitionen, Medikamenten und Material, die sowohl für die Haltung der Bienen als auch für die Vermarktung des Honigs Auswirkungen hätten. Insofern werde die Imkerei immer schwieriger. Die Fraktion DIE LINKE. hätte gerade in der Sommerpause 2023 viele Gespräche sowohl mit verschiedenen Imkern als auch mit dem Bienenzuchtzentrum in Mecklenburg-Vorpommern geführt. Die Berichterstatterin der Fraktion DIE LINKE. könne sich noch an die Zeit vor 1990 erinnern, als Wanderimker auf dem ostdeutschen Gebiet gefördert worden seien. Da hätte es Prämien pro Tracht, pro Bienenvolk gegeben, die erhebliche Größenordnungen erreicht hätten. Natürlich wäre es damals ein anderes System gewesen, aber in dem jetzigen System gebe es in Deutschland keine entsprechende Förderung und keine Unterstützung mehr für die Imkerei. Derzeit werde erlebt, dass es einen geringen Selbstversorgungsgrad in Deutschland bei Honig gebe. Die Fraktion DIE LINKE. finde daher, dass etwas dafür getan werden müsse, dass sich der Selbstversorgungsgrad bei Honig in Deutschland erhöhe. Die Imker müssten für die Bestäubungsleistungen ihrer Bienen zukünftig Honorierungen erhalten und der Staat ihnen entsprechende Prämien zahlen. Das würde dem gesamten Ökosystem sowie der Gesellschaft zugutekommen und die Versorgung mit Honig aus hiesiger Produktion stärken. Daher bitte die Fraktion DIE LINKE. um Unterstützung für ihren Antrag, damit der Imkerei geholfen werden könne.

Die **Bundesregierung** legte dar, die Thematik der Honigkennzeichnung werde zurzeit auf europäischer Ebene erörtert. Dabei seien die beiden großen Verbände der Imker von deutscher Seite mit beteiligt bzw. würden mit einbezogen. Die diesbezüglichen Diskussionen auf EU-Ebene seien noch nicht abgeschlossen. Grundsätzlich werde von Seiten der Bundesregierung die Förderung der Bienen und der Imkerei befürwortet. Diese könne z. B. über die zweite Säule der GAP der EU erfolgen, d. h. die Länder besäßen einige Fördermöglichkeiten, die sie nutzen könnten. Zudem werde nicht nur die Biene bzw. die Imkerei an sich im Rahmen der GAP gefördert, sondern alles das, was in der GAP gefördert werde, z. B. über Fruchtfolgen, Blühstreifen bzw. über Biodiversitätsmaßnahmen, sei den Bienen zuträglich.

## 2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der DIE LINKE. auf Drucksache 20/7569 abzulehnen.

Berlin, den 20. September 2023

**Sylvia Lehmann**  
Berichterstatterin

**Artur Auernhammer**  
Berichterstatter

**Karl Bär**  
Berichterstatter

**Dr. Gero Clemens Hocker**  
Berichterstatter

**Stephan Protschka**  
Berichterstatter

**Ina Latendorf**  
Berichterstatterin



